Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Koden & Kamp, Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 12. | Dresden, Dienstag den 15. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Kein Kurswechsel. – Große Schwierigkeiten in Brest-Litowsk.

Beruhigungsversuche.

Ueber den Verlauf der Besprechungen zwischen Kaiser, Reichsleitung und Heeresleitung werden aus Berlin Mitteilungen verbreitet, die Beruhigung schaffen sollen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt redaktionell unter der Ueberschrift „Tatsachen und Gerüchte" folgende Notiz:

„Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach Sr. Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zur Zeit hier anwesenden Heeresführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung des Kronrates verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär v. Kühlmann und der Botschafter Graf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch."

Aus dieser Mitteilung des offiziösen Blattes geht nur hervor, daß ein Konflikt zwischen Reichsleitung und Heeresleitung nicht bestehen soll und daß von dem Rücktritt, sei es der einen, sei es der anderen Seite, wenigstens zur jetzigen Stunde, nicht die Rede ist. Offenbar ist man mit gewissem Erfolg bemüht gewesen, die Gegensätze der Auffassungen, die sich mit den Namen Ludendorff und Kühlmann kennzeichnen lassen, auszugleichen. Wir erfahren aber gar nichts, wie dieser Ausgleich tatsächlich beschaffen ist. Wenn es im Lokalanzeiger heißt, der Ausgleich schaffe für die Verhandlungen im Osten klare Grundlinien und nach dem Westen freie Bahn, „die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des deutschen Volkes findet", so wird auch mit diesem allgemeinen Ausdrucke keinerlei Klarheit geschaffen.

Die fortdauernde Unklarheit über das, was nun eigentlich die Reichsleitung will, zeigt sich auch in den seltsam widerspruchsvollen Anschauungen, die die Blätter der verschiedenen Richtungen auf Grund der ihnen zugekommenen Mitteilungen über die Lage der Dinge zum Ausdruck bringen. Der Vorwärts stellt fest, daß der bisherige Regierungskurs gesichert bleibt. Er wendet sich an den Reichskanzler und sagt: Wenn der Kanzler will, kann ihm die Reichstagsmehrheit helfen, zu einem guten Frieden mit Rußland zu kommen. Das gehe aber nur dann, wenn beide, Kanzler und Mehrheit, dem Ziele eines ehrlichen demokratischen Friedens mit Entschlossenheit zusteuern und sich von denen, die das Friedenswerk zertrümmern wollen, ihre Kreise nicht stören lassen. Auch das Berliner Tageblatt spricht die Ansicht aus, daß die Berliner Konferenzen keine Kursänderung gebracht haben und besonders nicht die von den Alldeutschen und Kühlmann-Stürzern erstrebte Aenderung. Auf der entgegengesetzten Seite glaubt aber auch die extremalldeutsche Deutsche Zeitung von einer „erfreulichen Klärung" sprechen zu dürfen.

Bedauerlich ist es ferner, daß auch die Wiederaufnahme der politischen Erörterung im Hauptausschuß des Reichstages, die für Mittwoch angesagt war, wiederum hinausgeschoben wird. Der Reichskanzler wünscht die angekündigten Erklärungen, in der er zu den letzten Reden von Lloyd George, Wilson, Pichon Stellung nehmen will, erst nach einigen Tagen dem Ausschuß zu halten. Anscheinend will er zunächst noch den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten.

So bleibt das deutsche Volk andauernd im unklaren, welches denn nun das tatsächliche Ergebnis der letzten Besprechungen in den leitenden Kreisen ist. Das ist ein überaus unerquicklicher Zustand, der für Zweifel und Mißtrauen weiten Raum gibt. Es entsteht der Eindruck, als ob „der Ausgleich" zwischen Reichsleitung und Heeresleitung mehr und mehr so erfolgt, daß den Auffassungen der Heeresleitung großes Entgegenkommen gezeigt wird.

Dieser Eindruck wird durch das starke Hervortreten des Militärvertreters in Brest-Litowsk noch weiter bekräftigt. Wenn General Hoffmann in Brest-Litowsk die Erklärung abgiebt, daß „für uns die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Lostrennung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben haben", so widerspricht diese Erklärung nicht bloß einer demokratischen Auffassung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, sondern sich dem am 28. Dezember formulierten Artikel II der deutschen Friedensbedingungen, der die letzte Entscheidung über das staatliche Schicksal der besetzten Gebiete einer späteren wirklichen Volksabstimmung vorbehielt. Wir verkennen keineswegs die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit einem Lande, das so zerrüttet ist wie das jetzige Rußland, zu Vereinbarungen zu gelangen, die die Gewähr der Dauer in sich tragen und die für Deutschland die erforderliche Sicherheit im Osten geben. Diese Schwierigkeiten können aber erst recht nicht mit triumphatorischen Siegesgebärden und verschärften Forderungen überwunden werden. Die deutschen Friedensunterhändler können unerfüllbare Forderungen der Russen abwehren, aber der Gedanke des Verständigungsfriedens muß mit Aufrichtigkeit und Klarheit innegehalten werden.

Vergebliche italienische Angriffe.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Starke Angriffe, die der Italiener gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Asolone und Monte Pertica führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.

Die tagelangen in den Angriffsabschnitten anhaltenden Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch längs der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Gegensätze und Winkelzüge.

In Brest-Litowsk sind neue, schwere Meinungsverschiedenheiten aufgetreten und haben zu bewegten Debatten geführt. Die gestern und heute von uns veröffentlichten Berichte beziehen sich auf den 11. und 12. Januar. Die Verhandlungen wurden dann abgebrochen, sind aber, wie Herren v. Kühlmanns Stellvertreter, v. d. Busche, den Parteiführern mitgeteilt hat, gestern vormittag wieder aufgenommen worden.

Daß sich dem Friedenswerk im Laufe der Diskussionen mancherlei Widerstände entgegenstellen würden, wurde schon betont nach dem Zwischenfall und den Mißverständnissen, die sich nach der ersten Abreise der Delegierten aus dem Verhandlungsort ereigneten. Und daß Friedensverhandlungen im Kerne immer diplomatische Schachergeschäfte sind, ist eine alte Lehre der Geschichte. Trotzdem wird der größte Teil des deutschen Volkes erstaunt sein über die Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht, die die Delegation des Vierbundes mit nach Brest-Litowsk nahm. Die Winkelzüge des Diplomatentums machen es nicht leicht, bis auf den Grund der Vierbundsabsichten zu schauen, und der Umstand, daß die Frage der Räumung der besetzten Gebiete und die russische Forderung nach demokratischer, von einer fremden, militärischen Besetzung unbeeinflußten Volksabstimmung miteinander verquickt sind, komplizieren die Frage noch mehr.

Der stärkste Gegensatz zwischen den verhandelnden Parteien wirft sich auf angesichts der russischen Forderung, daß die Wahl demokratischer Vertretungskörper, denen die Organisation der Volksabstimmung übertragen werden soll, erst nach der militärischen Räumung der besetzten Gebiete erfolgen könne. Es ist verständlich, daß die Mittelmächte ihre Truppen erst zurückziehen können, wenn sie genügende Garantien dafür haben, daß Rußland der Räumung nicht neue militärische Operationen gegen die Mittelmächte folgen läßt. Denn sonst würde die Räumung einfach bedeuten, daß Rußland den Gegner auf billige Weise aus dem Lande hinausgebracht hätte und unsere Grenzen wieder unmittelbar bedrohte. Soweit die russischen Wirren zu überblicken sind, vermag die vorläufige russische Regierung keine Garantien zu bieten, die solche für uns gefährliche Möglichkeiten bannte. Deswegen gibt es in dieser Frage eigentlich nur zwei Wege: erstens eine ehrliche Verständigung, die jeder kommenden russischen Regierung unter den obwaltenden Verhältnissen annehmbar erscheinen kann; zweitens in der praktischen Frage, welche Vertretungskörper die Volksabstimmung organisieren sollen, eine Einigung mit den russischen Delegierten über eine Neuwahl der Körperschaften der in Frage kommenden Gebiete.

In dieser Frage hat Herr v. Kühlmann, den man wohl als den Hauptsprecher des Vierbundes ansehen muß, eine Haltung angenommen, die wir energisch ablehnen. Er hat erklärt, daß der Vierbund auf dem Standpunkt stehen bleiben müsse, daß „mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und historisch gewordenen Vertretungskörper präsumtiv der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein." Ebenso stellte sich v. Kühlmann auf den Standpunkt, „daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe schon jetzt berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere."

Diese willkürliche Auffassung entspricht nicht der Grundlage, die die bolschewikische Regierung für die Friedensverhandlungen angeboten und die der Vierbund angenommen hatte. Trotzki hat darum recht, wenn er in dieser Kühlmannschen Forderung eine Untergrabung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts erblickt, und im Inland wie im Ausland muß sich der Eindruck festigen, daß Deutschland mit Hilfe einer bequemen unaufrichtigen Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes annexionistische Schleichwege geht. Der Verdacht wird verstärkt durch die Erwiderung, die General Hoffmann der russischen Delegation auf ihre Erklärungen gab. Er sprach gewissermaßen vom hohen Roß des Siegers herunter und betonte überflüssigerweise die sattsam bekannte Tatsache, daß das deutsche Heer auf russischem Gebiet stehe. Er hing der Katze die Schelle um, indem er allerhand Körperschaften der besetzten Gebiete als Ausdruck des Volkswillens aufmarschieren ließ. Daß er sich auch auf die Rigasche Kaufmannskammer, die große Gilde sowie „70 Rigaer Vereine" bezog, illustriert das Niveau, von dem aus der Vertreter des deutschen Generalstabes sprach. Seine Philosophie vom Selbstbestimmungsrecht kommt auf eine Philosophie des preußischen Dreiklassenwahlrechts hinaus, hat aber nichts zu tun mit dem demokratischen Abstimmungsrecht, das die Russen im Auge haben und für das es trotz aller Schwierigkeiten einen Weg zu finden gilt.

Ebenso kommt man in Brest mit Angriffen auf innerrussische Verhältnisse so wenig weiter wie etwa mit Erörterungen russischerseits über innere Angelegenheiten Deutschlands. Es gilt vielmehr, eine Verständigung zu finden in der Frage, wie trotz der militärischen Besetzung in den Okkupationsgebieten demokratische Körperschaften zu schaffen wären, unter deren Leitung die Volksabstimmung vor sich gehen könnte. So sehr wir Kühlmanns Halbheit und diplomatisches Spiel auch mißbilligen, so lassen doch seine bisherigen Darlegungen noch immer einen Weg zur Einigung und Verständigung über die Modalitäten der Volksabstimmung offen, und der Weg wird gefunden werden, sofern dazu auf beiden Seiten der gute Wille besteht. Sollte aber die deutsche Regierung, den Treibern der Eroberungspolitik folgend, mit allerhand diplomatischen Kniffen das Selbstbestimmungsrecht durchlöchern wollen und damit das Friedenswerk zum Scheitern bringen, so werden ihr die Volksmassen die Gefolgschaft versagen.

Kühlmann — Hoffmann — Trotzki

In Brest-Litowsk gingen am 11. Januar die Verhandlungen weiter. Herr v. Kühlmann faßte die Erklärungen der Delegationen zusammen.

Herr Trotzki erklärte hierauf, daß Aeußerungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Aeußerungen des Willens eines bestimmten einflußreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergebe sich die Schlußfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, das die freie Aussprache der Bevölkerung garantieren könne. Im weiteren Verlaufe der Besprechungen behauptete Trotzki, daß zwischen den Erklärungen der Mittelmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember

ein Widerspruch besteht.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte dem gegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik seien, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige. Des weiteren stellte sich Staatssekretär v. Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Abgabe der Willenserklärung der schon bestehenden Organe schon jetzt berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere. Herr Trotzki glaubte, in dieser Auffassung

eine Untergrabung des Grundsatzes der Selbstbestimmung

erblicken zu müssen, und warf die Frage auf, warum denn die Ukraine der russischen Volksvertretung nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden sein, wenn sie legitimiert sein sollte, über Gebietsteile zu verfügen. An eine solche Teil-